

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

11.3.1870 (No. 59)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 59.

Preis 1 R. 18 Kr. durch die Post bezogen 1 R. 38 Kr. vierteljährlich.

Freitag, 11. März

Insertionsgebühr: die gespaltene Zeile ober deren Raum 3 Kreuzer.

1870.

Graf Bismarck über die Todesstrafe.

In der badischen 2. Kammer bei der Generaldiskussion über den von Kufel und Genossen eingebrachten Gesetzesvorschlag für Abschaffung der Todesstrafe betonte der Abg. Nikolai, der eine vortreffliche Rede gegen die Abschaffung hielt, daß ein gewisser Muth dazu gehöre, in der vorliegenden Frage dem herrschenden Liberalismus eine abweichende Meinung entgegenzustellen. Er vertrete eine solche gegentheilige Ansicht, und schene sich nicht, sie offen zu bekennen; er sei für die Beibehaltung der Todesstrafe, obgleich er auch auf die Eigenschaft, liberal zu sein, Anspruch machen dürfe. Unter seinen Gründen führte der Abg. Nikolai namentlich an, daß für Hochverrath und Militärverbrechen die Todesstrafe beibehalten werden wolle, daß hiernach relativ minder todeswürdige Verbrechen an dem Leben bestraft werden sollen, und daß die Abschaffung der Todesstrafe hiesse, dem kalt berechnenden Mörder das Leben sichern, den friedlichen Leuten aber das ihrige in erhöhtem Maße gefährden. Es ist in der badischen 2. Kammer wie im nordd. Reichstage über diese Frage Vieles und Denkwürdiges gesprochen worden; alles Das wird aber übertroffen von der Rede, die Graf Bismarck in der Sitzung des nordd. Reichstages am 2. d. hielt. Der Bundeskanzler sprach:

„Wenn auch ich das Wort in dieser Sache ergreife, m. H., so geschieht das nicht weil ich hoffe, die Ueberzeugung des Einen oder des Andern zum Wanken zu bringen, sondern nur um Zeugniß dafür abzulegen, daß die Argumente, die ich hier gegen die Todesstrafe geführt habe, meines Erachtens nicht die Kraft haben werden, die Ueberzeugung der Mehrheit der Regierungen, welche sich im Bundesrath für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen haben, zu erschüttern. Wenn ich den Eindruck, den ich von der Diskussion in diesem Hause gewonnen habe, resumiren soll, so ist es einmal bei den Gegnern der Todesstrafe der einer Ueberschätzung des Werthes, welchen sie dem Leben in dieser Welt gegenüber dem weiteren Leben nach dem Tode beilegen. Ich kann mir denken, daß Jemandem, der an eine Fortdauer des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesstrafe härter erscheint, als demjenigen, der an die Unsterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt. Aber wenn ich der Frage näher in's Auge sehe, so kann ich auch das kaum begreifen. Für Jemanden, der des Glaubens ist, zu dem ich mich von Herzen bekenne, der Tod sei nur der Beginn eines andern unendlichen Lebens, hat die Todesstrafe überhaupt nichts Abschreckendes. Wir sind im Stand, auch dem schwersten Verbrecher auf sein Grab die Verheißung zu geben: Mors janua vitae. (Gravo.) Für Jemanden, der diese Meinung nicht zu theilen vermag, für den die Freuden dieses Lebens alles sind, ist das freilich unmöglich; aber ich kann diesen Gefühlen doch nicht dahin folgen, daß er mit dem Glauben, daß seine persönliche Existenz mit diesem leiblichen Tode für ewig abgeschlossen sei, es überhaupt noch der Mühe werth findet, weiter zu leben. Ich will Sie nicht auf den tragischen Monolog Hamlets verweisen, der alle Gründe für die Möglichkeit, nach dem Tode doch noch etwas zu erleben, sich vorführt, aber doch zu keinem Ergebnis kommt. Jener Schlaf, welchen Hamlet sich ersucht, ist ein traumloser, und ich weiß nicht, wie man dem, der diese Ansicht theilt, bei solcher Auffassung zumuthen kann, in der engen Zelle des Gefängnisses, beraubt von Allem, was dem Leben Reiz verleihen kann, fortzuleben, oder — um mich des Ausdrucks eines berühmten Gelehrten zu bedienen — das Phosphoresciren seines Gehirns noch eine Zeit lang fortzuleben. Es ist meines Erachtens diese übertriebene Bedeutung dessen, was ich den Uebergang aus dem

einen Leben in das andere nenne, die im Bundesrath nicht so wird gewürdigt werden, wie dem Anscheine nach in diesem Hause. Ich habe das Gefühl gehabt, daß das Wort des Dichters: „Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein,“ ebenso wie das andere: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht“, vergessen worden ist. Ich habe ferner den Eindruck gehabt, daß die ganze Auffassung dieser Frage von einer gewissen krankhaften Neigung geleitet wird, den Verbrecher mit mehr Sorgfalt zu behandeln, ihn mehr vor Unrecht zu schützen, als seine unschuldigen Mitbürger. Es ist auf Zeiten verwiesen, in denen die Verbrechen häufiger gewesen sind; es ist auf das Mittelalter und auf die größere Zahl der damals üblichen qualifizirten Todesstrafen verwiesen; sind Sie denn ganz sicher, daß die Verminderung der Verbrechen nicht eine Folge der constanten, Jahrhunderte lang fortgesetzten strengen Handhabung der Strafgesetze gewesen ist? (Lebhafter Widerspruch links.)

M. H.! Dergleichen Fragen wollen doch wissenschaftlich untersucht sein, und können nicht so obenhin abgethan werden. Ich bin denjenigen Herren, die ihre Mißbilligung solchen energisch zu erkennen gegeben haben, sehr gern bereit zu erklären, daß die weitere Vervollkommnung des menschlichen Geschlechts, die fortschreitende Gesittung, nicht ohne Antheil an der Sache ist, daß die Grundlage derselben sich auf das Christenthum unseres Volkes zurückführen läßt; aber, m. H., die Abschaffung der Todesstrafe hat sehr kurze und sehr beschränkte Erfahrungen für sich. Ich halte mich meinerseits nicht für berechtigt, die Mehrheit der friedlichen Bürger diesem Experiment ohne Weiteres preiszugeben. Es eilt ja auch gar nicht. Sie können die Todesstrafe, sobald eine Mehrheit hier und im Bundesrath dafür erzielt ist, immer abschaffen, ohne das Inslebentreten eines neuen Gesetzbuches davon abhängig zu machen. Daß die Gegner der Todesstrafe noch nicht über die Wirksamkeit und den Eindruck ihrer Beseitigung durchaus zweifelhaft sind, das geht daraus hervor, daß sie dieselbe für solche Fälle, wo es darauf ankommt, absolet auf Biegen oder Brechen Schutz zu haben, beibehalten wollen. Sie wollen sie noch zulassen bei Belagerungszuständen, im Heere, auf der Marine, überhaupt in allen Fällen, wo das Wohl vieler davon abhängt, daß durchaus Ordnung und Gehorsam vorhanden sei. Warum aber wollen Sie das? Doch wohl, weil Sie dieser Straftat eine energischere Wirksamkeit zuschreiben. Wenn Sie aber das zugeben, daß auch nur um eines Haars Breite mehr Schutz in ihr liegt, so sind Sie auch dem friedlichen Bürger als schuldig, sie aufrecht zu erhalten. Die Regierungen werden also ihrerseits schwerlich geneigt sein — wenigstens die Mehrheit derselben — die Verantwortlichkeit für die Entscheidung dieses, wenn auch nur geringen Schutzes, der in der Todesstrafe liegt, zu übernehmen. Ich finde auch eine Inkonsequenz der Einzelnen darin, daß sie der Obrigkeit das Recht zur Tödtung, zur Repulsion nehmen, bei der Prävention aber gestatten. Sie wollen der Obrigkeit in der Vertheidigung ihrer Rechte, in dem Schutze des Eigenthums des einzelnen Bürgers, in der Verhinderung eines Verbrechens gegen das Eigenthum, das Recht zu tödten nicht bestreiten. Sie wollen zum Schutze des Eigenthums die Tödtung zulassen. Auf Arbeiter, die einen Aufstand erregen, darf geschossen werden: ein Mensch, der nur die Absicht gehabt hat, den Inhalt eines Bäckereiladens zu plündern, darf getödtet werden; um den friedlichen Bürger aber möglicherweise in einigen Fällen zu schützen, daß sich der Raubmörder nicht in sein Haus einschleicht und seine Familie umbringt, dazu wollen Sie dem Staate das Recht zu tödten nehmen. Und dies in einer Zeit, wo man in Bezug auf Menschenleben sich durchaus nicht so viel Scrupel macht, wo man, weil man sich diese Momente nicht so nahe bringt, im Interesse der öffentlichen Bequemlichkeit und des Erwerbs, so vielfach Menschenleben auf's Spiel setzt. Wie viele Todesfälle kommen nicht auf das Explodiren von Dampfesseln, auf die Kohlenbergwerke, auf die giftigen Dünste, die in Fabriken eingehaucht werden, und welche die Gesundheit zerstören, und nichtsdestoweniger kommt man nicht auf den Gedanken, zur Schonung des menschl. Lebens, zur Förderung der menschlichen Wohl-

fahrt derartige Unternehmungen gänzlich zu untersagen. Die Lokomotivführer, die Bergleute sind jeden Augenblick der bauerlichen Möglichkeit eines plötzlichen Todes ausgesetzt. Warum kommt man mit der Gesetzgebung nicht diesen Klassen zu Hilfe? Warum wendet sich die Gesetzgebung gerade der Schonung des Verbrechers zu? Ich suche eine Erklärung in dem Umstande, der ja schon vor mir in der gestrigen Diskussion hervorgehoben ist, in der auffälligen Erscheinung, daß die Gegner der Todesstrafe hauptsächlich Juristen sind, und daß nur in ihnen die Bekämpfung derselben liegt. Es kann ja sein, daß in dem Richter sich das Gefühl regt, daß es einem Menschen nicht gegeben ist, vollkommen gerecht zu sein, daß es ihm nicht gegeben ist, nach Maßgabe des Verbrechens und der Entschuldigungsgründe sein Urtheil zu bemessen. Aber den Grund, warum gerade die Richter und die Geschwornen so sehr gegen die Todesstrafe sind, suche ich auf einem andern Gebiete: es ist die Scheu vor der Verantwortlichkeit, aus eigener Ueberzeugung Seitens des Richters ein Todesurtheil, von Seiten des Geschwornen ein Schuldig auszusprechen, von dem, wie er nach dem Gesetze weiß, das Todesurtheil abhängt. Die Scheu vor Verantwortlichkeit ist eine Krankheit, die unsere ganze Zeit durchsetzt, und die bis in die höchsten Spitzen der menschlichen Hierarchie hinaufreicht. Selbst den Souveränen ist diese Verantwortlichkeit im höchsten Grade beschwerlich, um wie viel mehr dem Richter, die Verantwortlichkeit für Streichung eines Menschen aus dem Dasein zu übernehmen, daß der ganze Richterstand bestrahlt ist, diese Verantwortlichkeit los zu werden. Das ist mir menschlich sehr erklärlich, namentlich in der jetzigen Zeit, wo man zur Kritik einen Jeden bereit findet, aber zur Uebernahme einer Handlung von schwerwiegender Verantwortung im Ganzen nur sehr wenige. Und diese, ich kann es nicht anders nennen, als eine Schwäche in dem so ehrenwerthen und hohen Stand unserer Richter, ihr Amt bis in die höchste Potenz zu üben — sie beruht auf einem Mißverständnis, denn die Verantwortung ist, meines Erachtens, ganz dieselbe, Jemandem sein Leben lang, ja auch nur acht Tage lang, ungerrecht einzusperrn, als ihn ungerrecht zum Tode zu verurtheilen. Ich kann den Unterschied nicht ermessen, die ganze Existenz ist dadurch vielleicht auch zu Grunde gerichtet. Ich möchte also an die H. H. Juristen die Aufforderung richten: schrecken Sie Angesichts der hohen Aufgabe, die Ihnen von der Vorsehung auferlegt ist, nicht scheu vor deren Erfüllung in ihrem Culminationspunkt zurück; werfen Sie das Nichtschwert nicht von sich. Ich möchte die hohe Versammlung bitten, obwohl ich fürchte, daß es ohne Erfolg ist, versagen Sie dem friedlichen Bürger des nordd. Bundes den Schutz, den Sie ihm im vollsten Maße schuldig sind, und soweit Sie ihn bieten können, nicht unter dem Eindruck eines Gefühls, das ich, ohne Jemanden kränken zu wollen, nur als eine kränkliche Sentimentalität bezeichnen kann.“

Landtagsverhandlungen.

+ Karlsruhe, 8. März. (Verhandlung der zweiten Kammer. Universität Freiburg. Schluß.)
Abg. Schuster bedauert, daß in das Budget für die Universität Freiburg keine Mehrforderung aufgenommen sei, und man es bei dem bisherigen Staatsbeitrage belasse, der etwa die Hälfte desjenigen Beitrages ausmache, welcher der Universität Heidelberg zufließe. Redner könne nicht verhehlen, daß sowohl in der Stadt Freiburg wie im ganzen Oberlande steigende Besorgnisse sich kund gäben bezüglich des Fortbestandes der Universität Freiburg. Es gingen zwei verschiedene Meinungen um. Einmal, daß man die Universität könnte eines langsamen Todes wolle sterben lassen, und dann, daß deren Aufhebung im Anzuge sei. Er gebe sich übrigens solcher Kleinläubigkeit nicht hin. Redner erinnert an ein Wort Karl Frie-

Berschiedenes.

Wien, 3. März. Jener junge bayerische Fürst, der vor einigen Jahren unter die Schauspieler gegangen ist, und nun die Liebhabervolle, die er früher mit Erfolg in der Welt gespielt, auf den diese Welt bedeutenden Breiten fortsetzt, steht nicht mehr vereinzelt da. Dem Kartheater gehört seit einigen Monaten ein junger Mann an, der den bescheidenen Namen Puls führt und der Sohn eines hochadeligen bayerischen Generals ist. — Nach der jüngsten Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl der Stadt Wien 620,000 Köpfe (Zunahme seit 1857 ungefähr 144,000) und mit Hinzurechnung der sogenannten beiläufig eine Million. Die Garnison (22,000 Mann) ist dabei nicht mitgezählt. Die zwei am stärksten bevölkerten Bezirke sind die Leopoldstadt und die Landstraße mit je etwas über 84,000 Einwohnern; das am stärksten bewohnte Haus ist die sogenannte Arbeiter-Kaserne im Paulusgrund mit 2100, und nach ihr das Bürgerhospital in der inneren Stadt mit 1058 Insassen. — Die Gebeine der bei Solferino Gefallenen und nur mangelhaft Beerdigten wurden gegen Ende des vorigen Jahres wieder ausgegraben und in gemeinschaftliche Beinhäuser verbracht. Im Juni d. J. wird die feierliche Beisetzung in 2 große gemeinschaftliche Gräber erfolgen. Es wurden 8177 Gebeine aufgefunden. Die Zahl der in der Schlacht sofort Getödteten wird auf 11,000 angegeben.

Liegnitz, 1. März. Vor etwa 5 Jahren wurde bei Ausräumung der Eisenbahn-Aborte die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, ohne daß Jemand in den Verdacht der Thä-

terschaft gezogen werden konnte. Nunmehr hat sich der Mörder selbst angeklagt. Derselbe ist gegenwärtig Soldat, war damals Schuhmacherlehrling und trug öfters für Reisende Pakete an den Bahnhof. Bei einer solchen Gelegenheit gab ihm eine hier durchreisende Dame einen Thaler und ein neugeborenes Kind mit dem Auftrage, letzteres bei Seite zu schaffen. Der Verblendete vollbrachte den Auftrag in vorgedachter Weise.

München, 5. März. Vor einigen Tagen nahm die junge Braut eines geachteten Arztes, um sich von Zahnschmerzen zu befreien, eine so beträchtliche Dosis Opiumpulver, daß sie gestern in Folge davon ihr Leben endete.

Paris, 6. März. Gestern wurden die 263 Beamten des Pariser Stadthauses von Hrn. Chevreau geimpft. Die Operation fand im großen Hofe des Stadthauses statt.

Der alte Kunstreiter D. Gautier, welcher eine Reihe von Jahren Direktor einer Kunstreitergesellschaft war, feierte am 28. Febr. seinen 95. Geburtstag und wohnt jetzt in der westlichen Vorstadt Kopenhagens, wo er sich mit der Vorzeigung eines kleinen Elephanten kümmerlich ernährt.

(Das fastende Mädchen von Wales.) Die einleitenden Schritte zum gerichtlichen Verfahren gegen die Ärzte, welche sich als Untersuchungskommission konstituirten, um festzustellen, ob das fastende Mädchen in Wales sich wirklich aller Nahrung enthalte, — das Mädchen gab während der Ueberwachung seinen Geist auf — haben in Carmarthen begonnen. Es wurde eine Reihe Zeugen vernommen, um zunächst den Thatbestand, daß die angeklagten Ärzte sich als Ausschuß zusammengesetzt und die Ueberwachung veranfaßt hätten, festzustellen.

(Herweghiana.) Das jüngste Kind der Muse des Dichters vom Spritzenleder lautet also:

Abgeblickt.

(Reichstagsitzung vom 24. Februar.)

O ihr armen Bettelpreußen,
Ihr habt weder Glück noch Stern;
Wie ein Kater mit den Mäusen
Spielt der Graf mit Euch, ihr Herrn.

O ihr armen Renegaten,
Warum treibt Ihr's auch so toll?
Meint Ihr, daß man vor dem Braten
Schon den Nachtschick holen soll?

Bivat Euer Bundeskanzler,
Der Euch abgefanzelt hat!
Brächt' ihm gern ein Hoch bei Kranzler,
Hät' ich nicht Berlin so satt.

Seine Rede las ich lachend:
Dieser Streich war gut geführt!
Eine Ohrfeig, gab er krachend,
Die man bis nach Baden spürt.

Selbst der Schweizer-Bettelpreuße,
Bluntzschli, Euer Matador,
Krahte sich, als hätt' er Läuse,
Hinter seinem Staatsmannsohr.

(Warte.)

bruchs zu Anfang des Jahrhunderts, welches dahin lautete, daß die beiden Landesuniversitäten im Interesse der Wissenschaft und der Geisteskultur fortzubestehen hätten, daß sie nicht zu viel seien für das Land. Redner vertraut der Regierung, daß sie jenem Grundsatze des erleuchteten Fürsten gemäß die Frage der Universität Freiburg behandeln werde, und glaubt, daß sich auch keine Volksvertreter finden würden, für das Eingehen der Universität die Hand zu bieten. Frage er nach den Mitteln, welche nöthig seien, um den Gebrechen der Universität Freiburg abzuheben, so müsse er bemerken, daß es deren nicht wenige bedürfe. Es sei von ihm hierbei nicht gerade gemeint, das in vergleichsweise Maße mit der Universität Heidelberg, bei welcher der Besoldungsetat um 34,000 fl. höher sei als bei der Universität Freiburg, die Aversensumme um 37,300 fl. höher, zu erwarten, aber doch Aufbesserungen von solchem Belange, daß den Beschwerden in den vorliegenden Petitionen möglichst abgeholfen werden könne. Redner enthalte sich für jetzt, einen Antrag zu stellen, er beschränke sich darauf, den Wunsch auszusprechen, die Gr. Regierung möge auch ferner den Bedürfnissen der Universität Freiburg thunlichste Rechnung tragen; dieselbe möge alljährlich einen Kommissär zur Prüfung der Verhältnisse absenden, um die Wünsche zum Besten der Universität entgegenzunehmen. Abg. Schuster hofft auf Besserung der Universitätszustände in Freiburg.

Eschbacher, mit oberländischer Geradheit und etwas derb im Ausdrucke, beginnt mit dem Hinweis auf den Unterschied in der Größe der Staatsubvention für die Augenkliniken in Heidelberg und Freiburg. Für Heidelberg habe man die Dotation von 3000 fl. auf 5000 fl. erhöht, bei Freiburg aber sei man bei dem Satz von 700 fl. stehen geblieben. Redner hätte doch auch gedacht, daß es recht und billig wäre, im Hinblick auf solches Mißverhältnis Freiburg besser zu bedenken. Daß das nicht geschehen, sei sehr auffallend. Von der Kreisversammlung und dem Kreisauschusse seien Gesuche an die Regierung gerichtet worden, beide Landesuniversitäten, man könnte sagen, beide Landestheile, etwas gleichmäßiger zu berücksichtigen, bis dato sei aber eine Antwort nicht erfolgt. Redner findet es mit Bezug hierauf begreiflich, daß die Universität Heidelberg mit Zustimmung der Regierung an die sämtlichen Kreisauschüsse des Landes ein Rundschreiben richten konnte mit dem Anerbieten, die armen Augenkranken gegen eine geringe Vergütung aufzunehmen. Allerdings sei die Klinik für Augenkranken in Freiburg nur mit 16 Betten versehen, und die Heidelberger dagegen mit 40, das erklärte sich aber aus dem Grade der Unterstützung, da dem Dr. Knapp bereits 3000 fl. bewilligt gewesen seien gegen nur 700 fl. für Freiburg. Redner glaubt, daß zu einer billigen Gleichstellung für Freiburg statt der bisherigen 700 fl. der Zuschuß von 3000 fl., welchen Knapp erhielt, bestimmt werden sollte, und er beantragt dieses förmlich. Die Universität Freiburg schleppete sich in einem Siechthume dahin, man schenke derselben zu geringe Aufmerksamkeit, und wenn man anklöpfe, so werde man kurz abgefertigt. Redner will die Frage nicht berühren, ob das Land mit drei Hochschulen sich keine zu große Last aufgeladen, und es nicht besser gewesen wäre, das Polytechnikum mit einer der Universitäten zu verbinden — offenbar liege aber vor Augen, daß die Universität Heidelberg äußerst splendid behandelt, die Universität Freiburg dagegen außer allem Verhältnisse hiermit nur nothdürftig bedacht werde. Wenn es an Mitteln fehlen sollte, könnte eine Beschränkung der Bauten in Karlsruhe und der Militär-Ausgaben hier helfen. Einige Kompagnien Soldaten weniger würde hinreichen, die Mittel zu gewinnen. In Preußen denke man nicht daran, von den vielen da bestehenden Hochschulen eine aufzuheben, im Gegentheile helfe der Staat kräftig nach, wo eine Universität — wie z. B. Marburg — sich in minder günstigen Umständen befinde. Im ganzen Oberlande, für welches der Fortbestand und das Gedeihen der Universität Freiburg von wichtigem Interesse sei, bestehe Mißstimmung und Besorgniß wegen der geschilderten Verhältnisse. Noch sei es Zeit, weiterem Sinken vorzubeugen und für eine Blüthe zu wirken, wenn man den Willen dazu fasse. Man möge Freiburg auch als Kind des Landes behandeln, wenn auch nicht gerade als Schooßkind. Wenn die Herren Minister einmal sich freudig entschlossen, der Universität Freiburg unter die Arme zu greifen, würde es nicht schwer werden, die Mittel zu finden, ebenso wie man in so bedeutendem Umfange Aufwendungen für große Hafengebäude in Mannheim, für Straßenbau, für das Militär etc. zu machen in der Lage sei.

St.-M. Dr. Jolly. Es würde ihm eine große Freude sein, wenn der Regierung für Förderung der Wissenschaft recht reichliche Mittel bewilligt werden würden; insoweit sei er mit den beiden Vorrednern ganz eines Sinnes. (Mit Erregtheit.) Der Abg. Eschbacher habe der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie die Universität Heidelberg als ein Schooßkind behandle, er habe dafür aber keine Thatfache

beigebracht. Das fordere ihn zur Selbstvertheidigung heraus. (In sehr gereiztem Tone.) Wenn man gegen die Regierung solche Vorwürfe erheben wolle, müsse man dieselben mit Thatfachen belegen können. Er weise diese Vorwürfe entschieden zurück. Gerade er sei es, der sich die Interessen der Universität sehr habe angelegen sein lassen; während seiner Amtsführung sei er persönlich öfters nach Freiburg gekommen, um mit den Hochschullehrern die Zustände und Bedürfnisse der Universität zu besprechen. Von ausgetretenen Professoren sei bei ihrem Weggange beifalls volle Anerkennung ausgesprochen worden. Stets sei er bemüht gewesen, tüchtige Kräfte der Universität Freiburg zuzuführen, und noch kein Gelehrter habe die Universität Freiburg durch seine Schuld verlassen, es sei dies geschehen wegen der dortigen Verhältnisse. (Nicht näher bezeichnet.) Der Regierung Vernachlässigung der Universität vorzuwerfen, müsse er als eine Leichtfertigkeit bezeichnen. Der Antrag des Abgeordneten Eschbacher sei in der angebrachten Art nicht zulässig. Es könne nur, wenn das Haus darauf eingehe, der Antrag auf Erhöhung der Gesamtdotation und auf Einholung eines Nachtragskredits Platz greifen. Im Augenblick sehe er kein Gebot der Nothwendigkeit für die Dotationserhöhung. Die Universitätsbehörden hätten auch für eine Nothwendigkeit beifalls sich nicht ausgesprochen. Der Herr Staatsminister bespricht einläßlich die Verschiedenheit der Verhältnisse der Augenkliniken zu Heidelberg und Freiburg. An ersterer sei dieselbe von der chirurgischen Fakultät getrennt, an letzterer mit derselben vereint. Auch in anderen Stücken bestehe Verschiedenheit; womit dargethan sein sollte, daß eben für die Universität Freiburg ein weit geringerer Staatsbeitrag für nöthig erkannt worden sei. Redner wiederholt zum Schlusse, daß er mit Freuden eine etwa beliebige höhere Dotation für die Universität Freiburg, wenn das Haus sich dafür ausspreche, zum Besten der Anstalt und der wissenschaftlichen Zwecke verwenden werde.

Der Abg. Paravicini geräth in ein ganz ungewöhnliches Redefeuere, indem er sich gegen die Ausführungen des Abg. Eschbacher mit hochentzündetem Affekte wendet. Er widerspricht, daß eine Tendenz bestehe, die Universität Freiburg eingehen zu lassen und das Füllhorn der Staatsmittel über der Universität Heidelberg auszuschütten. Redner tritt ferner gegen den Gedanken an Theilung des Landes in Oberland und Unterland, d. h. unterschiedene Behandlung, auf, und versichert, die Kommission habe bewilligt, was derselben als Bedürfniß der Universität Freiburg sei bezeichnet worden. Zum Antrage des Abg. Eschbacher bemerkt Redner, daß wegen des zu Grunde gelegten Bedürfnisses kein Beweis vorliege.

Der Abg. Kiefer sprach mit einer gewissen Grimmsigkeit. Er sagte, der Abg. Eschbacher habe nicht sehr geschickt für die Sache der Universität Freiburg plaidirt. Derselbe wisse nicht, was er gesagt, empfinde die Bedeutung davon gar nicht, habe der Universität Freiburg eher geschadet. Redner vertheidigt die Regierung gegen die von Eschbacher erhobenen Vorwürfe, und fährt gegen letzteren besonders heftig wegen dessen Aeußerungen über den Militäraufwand los. „Wir“, rief er, haben dieses bewilligt für die große nationale Sache, nach unserer Ueberzeugung u. s. w.

Für die auffallende Leidenschaftlichkeit der Herren Jolly, Kiefer und Paravicini gegenüber dem Abg. Eschbacher, was einen peinlichen Eindruck im Hause machte, war, wenigstens für uns, ein Grund nicht ersichtlich.

Näf machte stillere Luft nach entladnem Gewitter, indem er temperirend im Wesentlichen über die Verhältnisse der Universität Freiburg gleich Eschbacher und Schuster sich aussprach. Er hält den Antrag Eschbachers für den Augenblick auch nicht passend, und möchte nur den Wunsch ausgesprochen haben, daß mittelst eines Nachtragskredits zum Budget den Bedürfnissen der Freiburger Augenklinik Rechnung getragen werde. Redner versichert, daß die Universität Freiburg in der That sich über einige Zurücksetzung zu beklagen habe, wofür ja auch die Petition der Stadtgemeinde Freiburg spreche. Er weist auf die große Verschiedenheit in der Dotation beider Universitäten hin; die für Freiburg im Budget aufgeführten 66,000 fl. seien nicht einmal voll wirklicher Staatszuschuß, dieser betrage nur 53,000 fl., während für die Universität Heidelberg ein Aufwand von jährlichen 179,000 fl. gefordert werde. Näher über die Universitätsverhältnisse in Freiburg eingehend, behauptet er, bei der medizinischen Fakultät habe man allerdings Ursache, von einer gewissen minderen Aufmerksamkeit zu reden. Diese Behauptung wird eingehend vom Redner begründet. Redner stellt den Antrag, das Haus möge die Regierung ermächtigen, die Dotation der Augenklinik der Freiburger Hochschule für die laufende Budgetperiode nach Bedürfniß zu erhöhen.

Eschbacher will auf die gegen ihn geschleuderten Vorwürfe nicht erwidern. Er habe als Abgeordneter seiner Pflicht gemäß von den Verhältnissen, Stimmungen, Beschwerden bezüglich der Universität hier Mittheilung gegeben, und um so mehr, da er durch die

Liebe zu der Universität Freiburg, an welcher er selbst seine Studien gemacht, noch besonders dazu sich bewegen fand. Im Uebrigen verweise er auf die 53,000 Gulden gegen 179,000 fl., das sage ihm genug.

Lamey spricht die Meinung aus, daß nur ein Zug der Eifersucht, die Einbildung, zurückgesetzt zu sein gegen Heidelberg, als Ursache der Mißstimmung gelten könne. Diese Eifersucht und Einbildung würden auch nicht schwinden, wenn man die Dotation der Universität Freiburg mit der Heidelberger gleichstellte. Es werde miteinander verwechselt die Blüthe der Universität und die Frequenz. Daß Letztere gesunken, habe seinen Grund in den Verhältnissen des begrenzten Gebietes, auf welches die Universität Freiburg angewiesen sei. Die Universität Heidelberg habe eine allgem. Weltbedeutung und sei bezwungen stärker besucht. Die Bedingungen, welche der Universität Freiburg früher eine stärkere Frequenz gebracht, hätten aufgehört durch das Entstehen der Schweizer Universitäten. Redner bespricht noch weiter einläßlich die Verhältnisse der Universität und Stadt Freiburg. Letztere biete auch nicht die studentischen Annehmlichkeiten in der Art und dem Maße wie Heidelberg. Die Universität Freiburg stehe nicht in Verkümmern, sei eine gute; Redner deutet endlich die Mittel und Wege an, die nach seiner Ansicht einer höheren Blüthe der Universität Freiburg zu Statten kommen könnten. — Bei Beratung der vorliegenden Petition könnten ja die Bedürfnisse und Wünsche in Erörterung gezogen werden.

Baumstark rügt das Benehmen Kiefer's gegen Eschbacher, dem er vorgehalten, derselbe empfinde nicht die Bedeutung dessen, was er gesagt. Der Abgeordn. Kiefer seinerseits überlege aber nicht, was er sage. Es sei unausstehlich, daß sich der Abg. Kiefer täglich mehr in diesem Hause erlaube.

Präs. Kirsner: Man solle doch, wenn man etwas rüge, es nicht doch noch ärger machen.

Kiefer: Der Präsident würde ihn zur Ordnung gerufen haben, wenn er etwas Unstatthafes gesagt. Der Abg. Baumstark sei nicht befugt, ihn beifalls zu rügen.

Näf kommt nochmals auf seinen Antrag zurück, den er besonders im Hinblick auf die medizinische Fakultät für begründet erklärt. Die meisten inländischen Aerzte erhielten ihre Ausbildung an der Universität Freiburg. Kobzirt hält den Antrag Näf's nicht für formell zulässig.

St.-M. Dr. Jolly: Ein Antrag an die Regierung, speziell für die Augenklinik in Freiburg eine Mehrverwendung nachträglich in das Budget aufzunehmen, sei bedeutungslos, da sich ja bei jedem Budgetposten dasselbe wiederholen könnte. Abgesehen hiervon werde das Bedürfniß erst ein größeres werden, wenn eine neue Augenklinik gebaut sei. Schließlich bemerkt der Staatsminister nochmals, daß Eschbacher für seine Behauptungen keine Thatfachen angeführt habe. Präsidium will zur Abstimmung schreiten. Eschbacher und Näf ziehen ihre Anträge zurück. Die Budgetposition gilt für angenommen.

Wir haben aus der fraglichen Kammer Sitzung vom 8. d. M. eine Berichtigung nachzutragen, bezüglich der Diskussion über die erzbischöfliche Dotation. Da die Abstimmung über den Kommissionsantrag durch Aufstehen u. Sitzenbleiben geschah, ist uns für den Augenblick entgangen, daß außer den 5 Abgeordneten der katholischen Volkspartei auch der Abg. v. Sulat gegen den Antrag der Kommission stimmte, nachdem derselbe dieses sein verneinendes Veto mit der kurz berichteten Rede ausdrücklich motivirt hatte.

† Berlin, 9. März. Der Reichstag vertagte auf den Antrag des Grafen Schwerin die Fortsetzung der Beratung über den zweiten Theil des Strafgesetzbuches, betitelt „Hochverrath“ und „Landesverrath“ auf mehrere Tage wegen der Frage der Zuchthausstrafe bei politischen Verbrechen. Bei der allgemeinen Debatte sprachen Basker, Schleiden, von Kirchmann gegen und der Justizminister für die Zuchthausstrafe. Die „B. B.-Z.“ will wissen, die preussische Regierung in Verbindung mit den übrigen Zollvereins-Regierungen halte an der Absicht unbedingt fest, daß eine Erhöhung der Steuer-Einnahmen absolut geboten erscheine, und werde, um nicht auf die einmal bereits abgelehnten Vorlagen, namentlich auf die vielbesprochene Petroleumssteuer zurückzukommen, dem Zollparlamente eine Vorlage wegen Erhöhung der Steuer auf Kaffee von 5 Thlr. auf 6 Thlr. pro Zentner machen und diese Vorlage in eine unmittelbare Verbindung setzen mit der Vorlage wegen Ermäßigung der Eisenzölle.

Kreuznach. Auf die Adresse der Kreuznacher Katholiken ist von dem Hrn. Bischof Dr. Eberhard von Trier in diesen Tagen nachstehende Antwort hier eingetroffen:

„An den prakt. Arzt Hrn. Dr. Karst, Wohlgeboren zu Kreuznach! Ewr. Wohlgeboren und den sämtlichen geehrten Herren, welche die Adresse vom 3. d. M. (präz. 7 d.) in Bezug auf die Angelegenheiten des Concils an mich gerichtet haben, spreche ich ergebenst meine Anerkennung aus für die wohlthuende warme Liebe und Anhänglichkeit an die hl. Kirche, welche durch die ganze Zuschrift weht, und welche allein auch die

darin ausgebrückte Besorgniß hinsichtlich einer dogmatischen Definition der Lehrmeinung von der Unfehlbarkeit des höchsten sichtbaren Hirten der Kirche Ihnen eingeköpft hat. In Bezug auf diese Besorgniß selbst, bitte ich Sie alle in angelegentlichster Liebe meines Herzens, festzustehen in dem unerschütterlichen Glauben an die Verheißungen, welche der Heiland seiner Kirche gegeben hat, an die Kraft des heil. Geistes, der die Kirche nie verläßt, und so den Lehrentscheidungen des ökumenischen Concils in Ruhe und unbeirrter Zuversicht entgegenzusehen. Ganz vorzüglich danke ich Ihnen für die Zusicherung Ihrer Gebete, wie ich denn zu meinem Troste mich überzeugt halten darf, daß die mir anvertraute Diözese, den Agitationen des Tages fernbleibend, mit frommem Gebete die wichtigen Arbeiten des Conciliums unablässig begleiten und wirksam unterstützen wird. Damit die erfreuliche Gesinnung der Diözese in Bezug auf das Concil nicht durch Erregungen getrübt werde, welche die Sache nicht fördern, sondern eher noch derselben Schaden können, habe ich bereits vor einiger Zeit Anlaß genommen, meinem Generalvikariate den Wunsch auszusprechen, daß von öffentlichen Kundgebungen der Ansichten und Stimmungen in Bezug auf die Verhandlungen des Concils in der Diözese Abstand genommen werden möge. Den treuen Söhnen der Kirche zu Kreuznach widme ich in besonderer Liebe meine Hochschätzung und meine Segensgebete. Rom, 16. Febr. 1870. † Matthias, Bischof von Trier."

Stuttgart, 8. März. Im Laufe des Monats Februar starben in hiesiger Stadt 11 Kinder unter 7 Jahren und 6 Personen im Alter von mehr als 21 Jahren an den Pocken, dagegen scheint die Masern-epidemie nunmehr im Erlöschen begriffen, indem im vergangenen Monat nur noch drei Kinder derselben erlagen; Gesamtzahl der hieran Gestorbenen seit Anfang der Epidemie im Octbr. v. J. 81. Noch immer tritt der Krampfhusten verheerend in der Kinderwelt auf, indem er im letzten Monat 9 Opfer forderte; Gesamtzahl der Todesfälle seit seinem ersten Ausbrechen im Octobr. v. J. 36.

Am 5. und 6. März wurden hier 14 Pockenranke in dem Spital aufgenommen. — Die zweite Kammer ist nach 14 monatlicher Vertagung heute wieder zusammengetreten. Präsident Geßler bewillkommnete die Mitglieder in einer kurzen Ansprache.

Stuttgart, 9. März. Die Abgeordneten-Kammer annullirte die Wahl Zimmerles (großdeutsch) und genehmigte die angefochtene Wahl Hölders (deutsche Fortschrittspartei), obgleich Wahlbestechung behauptet worden war.

Wien, 8. März. Das noch restirende Defizit vom deutschen Schützenfest ad ca. 21,000 fl. ist durch Gemeinderathsbeschuß auf die Stadt übernommen worden. Trotz der Ablehnung der Czechenführer sind die Ausgleichsverhandlungen nicht definitiv abgebrochen. Die Ablehnungsschreiben bieten Anknüpfungspunkte zur Weiterführung. — Universitätsprof. Dr. Josef Redtenbacher, der rühmlichst bekannte Chemiker, ist gestorben. — Aus Pesth wird gemeldet, daß am 5. d. M. daselbst Minister Cótócs vor dem Landhaufe bewußtlos zusammengebrochen ist, doch bietet sein Zustand bis jetzt noch keinen Grund zu ernstster Besorgniß. Ueber die Wahlreform soll eine Verständigung erzielt sein.

Nach den Mittheilungen des Ministers Giska sind die Gesekentwürfe über die Abänderung des bisherigen Wahlmodus und die Einführung der direkten Wahlen zum Abgeordnetenhaus bereits zum Abschluß gebracht. Den 17 Landtagen wird das seit 1861 ausgeübte Recht, aus ihrer Mitte die Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu wählen, entzogen. Es sollen aber keine allgemeinen Volkswahlen eingeführt werden, denn man will nicht nur den besonders in den Städten sehr hohen Steuerzensus beibehalten, sondern es sollen auch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf dieselbe Weise wie die zu den Landtagen von den vier Gruppen der Städte, der Handels- u. Gewerbetkammern, der Landgemeinden und der Großgrundbesitzer vorgenommen werden, wobei den beiden letzteren Gruppen ein großes Uebergewicht gesichert ist. Dieses Uebergewicht soll als konservatives Bleigewicht gegen demokratische Ueberstürzungen auf der Bahn des Fortschritts dienen. Die gegenwärtige Zahl (203) der Mitglieder des Abgeordnetenhauses soll verdoppelt werden. Die zwanzig Millionen Oesterreicher werden dann durch 406 Abgeordnete vertreten sein. Das ungarische Abgeordnetenhau hat 438 Mitglieder, obgleich Ungarn mit Kroatien nur 14 Millionen Einwohner hat.

Der „N. N. Z.“ wird aus Wien vom 7. d. Mts. geschrieben: Die Untersuchung gegen die Arbeiterführer scheint größere Dimensionen annehmen und theilweise überraschende Enthüllungen zuwege bringen zu sollen, wenn es sich namentlich bestätigt, daß bei dem verhafteten Oberwinder Korrespondenzen aufgefunden worden sind, welche seinen lebhaften Verkehr — Oberwinder ist preußischer Unterthan — mit dem preußischen Preßbureau konstatiren. — Der preußische Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. von Schweinitz, intervenirt zu Gunsten des verhafteten Arbeiterführers Oberwinder,

der als Nassauer den Schutz des nordb. Bundes angerufen hat.

Wien, 9. März. Wie der „Presse“ aus Cattaro berichtet wird, erfährt die österreichische Regierung Ende Februar von einer geheimen Verabredung mehrerer die Suttarina umwohnender christlichen Stämme zum Ueberfalle des türkischen Lagers und der Drängung der Türken ins Meer. Die österreichische Regierung ordnete demzufolge einen dichten Truppencordon an, und die Türken verschanzten sich zur Abwehr des Ueberfalls.

Ausland.

Rom, 5. März. Die Schemata de Fide werden nächster Tage den Vätern des Concils vertheilt, die brennende Frage wohl bald entschieden, denn täglich wird die Majorität größer; und dann erfreut sich die kath. Welt nach der künstlich erregten Agitation wieder des Friedens. — In der letzten General-Kongregation wurde den Vätern die Liste eingehändigt, welche den Inhalt sämtlicher Dekretsvorlagen bezeichnet, die vom Concil zur Berathung kommen sollen. Es sind in Summa 51 Schemata. Auf diese Weise haben die Väter eine Uebersicht aller Gegenstände und wissen schon jetzt, worüber sie zu beschließen haben werden. Eine Durchsicht der Postulate zeigt, daß darin auch nicht eine einzige moralische, religiöse, politische oder soziale Frage außer Acht gelassen ist, die zu lösen wäre.

Ein deutscher Prälat sprach mit Pius IX. über die Nothwendigkeit, den Prinzipien der Civilisation des 19. Jahrhunderts Rechnung zu tragen. Der Papst ließ den hochwürdigen Herrn seine Ansicht darlegen; als er geendet, lächelte er wohlwollend und sprach: „Ja, mein lieber Bruder, vor Allem würde es nöthig sein, daß wir uns verständigen, — sprechen Sie von der Civilisation: den Prinzipien der Humanität, den Prinzipien der Moral, den Prinzipien der wahren gegenseitigen Achtung, auf welcher die Freiheit beruht, so seien Sie vollkommen überzeugt, daß wir völlig einig sind. Haben Sie aber die Prinzipien der Civilisation im Auge, welche die Bedürfnisse der Menschen in's Unendliche steigert, den Selbstmord vervielfacht hat, das Unglück in zufriedene Familien trägt, in der Kriegführung nicht müde wird, Instrumente und Waffen zum schnelleren Morden zu erfinden, dann werden wir nie einig werden. Denn die Civilisation im guten, im edeln Sinne befiehlt und befördert die Religion unseres Heilandes, die Civilisation im letzteren Sinne aber ist es, welche gegen die Religion kämpft, die Religion im Herzen der Menschen zu vertilgen trachtet. Sicher müssen wir auch dieser Rechnung tragen; denn wir können uns nicht verhalten, als wenn sie nicht existirte, aber wir dürfen sie nicht befördern.“

Paris, 9. März. Der Prospectus der neuen Loos-Anleihe zum Bau der türkischen Eisenbahnen wurde heute in den finanziellen Kreisen vertheilt. Ein Artikel des „Constitutionnel“ hebt die europäische Wichtigkeit der türkischen Bahnen hervor, von welchen er glaubt, daß sie vor Allen zur friedlichen Lösung der orientalischen Frage beitragen würde. Der „öster. Oekonomist“ bezeichnet die türkische Anleihe als eine scheußliche Beuteilnahme; ein in solcher Schwindelhaftigkeit noch nie dagewesenes Buchergeschäft.

Florenz, 8. März. Die „Italia militare“ meldet, daß der Kriegsminister angeordnet habe, die Mannschaft aus der Altersklasse 1845 auf unbegrenzten Urlaub zu entlassen. Durch diese Maßregel werden 30,000 Mann beurlaubt.

Madrid, 8. März. Das „Diario de Neus“ meldet, daß eine Carlistentruppe von 150 Mann am 2. März bei Klix in der Provinz Tarragona erschienen ist unter der Führung von Ramon. Eine Abtheilung Civilgarde verfolgte sie. — Es ist die Rede von einer kombinierten Aktion der Carlisten und Republikaner zum Sturze der am Ruher befindlichen Verschwörer und Intriganten von 1868.

London, 8. März. Im Unterhause wurde die Debatte über die irische Landvorlage fortgesetzt; der Regierung ist eine starke Majorität gewiß. Fast alle Redner kritisiren nur Einzelheiten, nicht aber das Prinzip der Vorlage.

Karlsruhe, 10. März. Der heute erschienene Staats-Anzeiger Nr. 6 enthält:

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. Bekanntmachung des Justizministeriums: die Wiederbesetzung der Gerichtsnotarstelle in Gerlachshausen und der Notariatsdistrikte Emmendingen, Kehl, Schwarzach und Schönau betr.; die Eintheilung der Notariatsdistrikte im Amtsgerichtsbezirke Stockach betr.; die Prüfung der Rechtskandidaten betr.; des Ministeriums des Innern: die Stiftung des Pfarrers Dold in Griesheim zu Gunsten der Angehörigen der Stadtgemeinde Triberg betr.; das Amtsverfündigungsblatt für den Amtsbezirk Neustadt betr.; des Handelsministeriums: die Beaufsichtigung der Hafenanstalten am Rhein und die Handhabung der Hafenzölige betr.; die Ertheilung von Erfindungspatenten betr.; des Finanzministeriums: die Serienzichung für die 97. Ge-

winnziehung des Lotterielehens von 14 Mill. Gulden in 35 Gulden-Lososen vom Jahr 1845 betr.: des Obermedizinalrathes; die im Jahr 1870 vorzunehmende medizinische Vor- und Hauptprüfung betr.

Karlsruhe, 10. März. Die Mannschaften des 4. Landwehr-Bataillons aus den Aemtern Karlsruhe, Durlach, Ettlingen und Pforzheim sind zu einer 14-tägigen Uebung vom 28. März bis 9. April d. J. einberufen. Theil zu nehmen haben die Pflichtigen der Jahrgänge 1862 und 1861. Befreiungs-Gesuche sind bei den Ortsbehörden rechtzeitig, d. h. baldmöglichst, einzureichen.

In den Gemeinden des Landamtsbezirkes Karlsruhe wird demnächst die Vornahme der Feuerschau beginnen.

Karlsruhe, 10. März. Es geht zum „Einsperren“, vorläufig auf neun Wochen. Später kann es noch schöner werden, wenn die 26 zu ebenso erfreulicher Reise gelangen sollten. Diese Notiz als Abschied für hier.

Karlsruhe, 10. März. 69. öffentl. Sitzung der zweiten Kammer. Vorsitzender: Vizepräsident Kirner. (Hilfsbrandt unwohl.) Am Ministerische die Präsidenten der Ministerien der Justiz, des Innern und des Handels. Laut der Tagesordnung werden zunächst Petitionsberichte berathen und die betreffenden Petitionen nach den Anträgen der Kommission theils durch Uebergang zur Tagesordnung, theils durch Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnismahme erledigt. Letzteres bezüglich auf Petitionen, die Arbeiterverhältnisse betr. — Das von der ersten Kammer bei § 1, Abs. 3 abgeänderte Gesetz, das Eigenthumsrecht der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung an hertenlosen Gegenständen betr. wird nach dem Vorschlage der Kommission ohne Debatte einstimmig mit der von der ersten Kammer beschlossenen Aenderung angenommen. Folgt Schlussberathung des Gesetzes für Abschaffung der Todesstrafe. Es sprechen in der Diskussion von den bei der ersten Lesung nicht zum Worte gekommenen Abgeordneten: Lenz, Lender, v. Feder, Hummel, dann in persönllicher Bemerkung v. Gulat, und zuletzt der Berichterstatter Lamey und Ministerialpräsident Obfischer.

Bei namentlicher Abstimmung erfolgte die Annahme des Gesetzes mit allen gegen 10 Stimmen. Dagegen stimmten: Baumhart, Bissing, v. Gulat, Hummel, Lender, Lenz, Lindau, Mühlhänfler, Nikolai, Winier. Zu den 9 bei der ersten Lesung kam heute Winter. Roffhirt stimmte mit Ja. v. Feder enthielt sich der Abstimmung, da er zwar für Abschaffung der Todesstrafe sei, aber absolute, allgem. Abschaffung wolle. Nächste Sitzung Samstag, den 12. d. Mts.

Es war die Rede von kurzer Vertagung der zweiten Kammer, um die sehr im Rückstande gebliebene erste Kammer nachkommen zu lassen. Heute sagt man, der Landtagschluss werde am 11. April erfolgen. Am 24. d. Mts. wird die Landtagsession ein halbes Jahr gewährt haben.

Pforzheim. Wie die „N. B. L. Z.“ meldet, soll dahier zur Erfüllung eines dringenden Bedürfnisses wieder einmal ein religiöser Reformverein gegründet werden.

Der „B. L. Z.“ wird von hier geschrieben: „Der von dem „Bad. Beob.“ so sehr gehäßte und geschmähte hiesige Katholikenverein hat zwei Zustimmungssadressen die eine an Stiftspropst v. Döllinger, die andere an Bischof Strohmayer veranlaßt, welche, schon von zahlreichen Unterschriften bedeckt, nächstens an die Orte ihrer Bestimmung abgehen werden.“

(Wir wünschen, daß die hochw. H. Döllinger und Strohmayer über diese Pforzheimer Widmung sich entzückt finden. Auf der anderen Seite möchten wir doch bei den Beteiligten in Pforzheim die Illusion zerlören, als hätten wir den dortigen Katholikenverein. Es ist ein ganz anderes Gefühl, das uns bezüglich dieser Katholiken bewegt: wir bemitleiden sie der Thorheit wegen, der sie fröhnen.)

Bruchsal, 6. März. Heute wurde in der St. Peterskirche dahier Hr. Stadtpfarrer Zimmermann von Bretten als zukünftiger St. Peterspfarrer proklamirt. Die Pfarrei St. Peter ist durch den am 5. März 1868 erfolgten Tod des Hrn. Pfarrers und Professors Bischof in Freiburg erledigt worden. Das Begehrungsrecht steht dem Erzbischof, bezw. dem Bischofsverweser, zu.

Heidelberg, 8. März. Wie man hört, hat sich ein bei einer hiesigen Verwaltung beschäftigter alter, mit mehreren erwachsenen Kindern geeigneter Schreibergehilfe der Unterschlagung einer bedeutenden Summe schuldig gemacht. Der Betreffende wurde bisher allgemein für sehr verträglich u. ehrlich gehalten, und genöthigt sehr viel Vertrauen. (L. Z.)

Tauberbischofsheim, 9. März. (Ebr.) Hr. Gerichtsnotar Höge ist heute Nacht am Schlagflusse plötzlich verstorben.

Aus der Pfalz, 6. März. Die bayerischen Nationalen sehen sich bereits nach Succurs in der Nachbarschaft um. Auf einem Bürgerabend in Neustadt konnte der Vorsitzende die „erfreuliche“ Mittheilung machen, daß für eine demnächst stattfindende Versammlung die badischen „Führer“ Eckhardt und Kiefer ihren Besuch zugesagt hätten.

Neueste Post.

Paris, 9. März, Nachts. Der Finanzminister hat, auf das Gesetz vom Jahre 1836 über Verbot von Lotterien sich stützend, befohlen, alle Zirkulare wegen Emission von Titeln der türkischen Eisenbahn-anleihe, deren Subskription am Dienstag eröffnet werden sollte, mit Beschlag zu belegen.

Gestern zog eine Bande Konstruktirer, mit Stöcken bewaffnet, über die Boulevards und rief: „Nieder mit Rochefort! Es leben die vereinigten Prügler (gourdins)!“

Henry de Riancy, der Redakteur en chef der legitimistischen „Union“, ist gestorben.

Im gesetzgebenden Körper lebhafteste Diskussion betr. Algeriens und der Frage über Ernennung der Maires. Ollivier verlangt Freiheit des Handels für das Ministerium.

Gratias! — Vivat, floreat, crescat „Constantia.“

Communio - Andenken

für die erste hl. Communio bei F. M. Reichel in Baden-Baden. 241.14.4

Im Verlage von A. Coppenrath in Regensburg ist erschienen und vorrätig in der literarischen Anstalt zu Freiburg: 304

vollständige Fastenküche

praktische Anleitung zur Bereitung von 300 Fastenspeisen, von Anna Huber.

Preis broch. 24 kr., in Pappbd. 30 kr. Die Herausgeberin sagt im Vorwort: „Die Fastenküche erfordert stets das meiste Nachdenken und den meisten Aufwand von Geschicklichkeit, und manche Hausfrau oder Köchin ist oft in der bittersten Verlegenheit, wie sie an solchen Tagen ihren Tisch bestellen solle, damit der Mangel der Fleischspeisen nicht gar so fühlbar sei. Verfasserin dieses, durch langjährige Übung erfahren auch in diesem Theile der Kochkunst, hat nun ihre Rezepte gesammelt, sorgfältig geprüft, so daß mit Leichtigkeit und Vertrauen darnach gearbeitet werden kann. Es sind so mannigfaltige Fastenspeisen-Rezepte zusammengestellt, daß mit Hilfe dieses Rathgebers keine Hausfrau mehr wird in die Lage kommen können, verzweifelt zu fragen: Was soll man an Fasttagen kochen? Es läßt sich nach den hier gegebenen Rezepten nicht allein ein sehr reichhaltiger, sondern sogar ein feiner Tisch herstellen.“

Neues Formularbuch oder Anleitung zur vorsichtigen Abschließung der Verträge und Vornahme anderer Rechtsgeschäfte. Bearbeitet von einem praktischen Juristen. Preis br. 1 fl. 12 kr., geb. 1 fl. 30 kr. (Bilbet zugleich eine Fortleitung zum Neuen Badischen Advokaten.) Vorrätig in allen Buchhandlungen.

302.3.1. Gamschurst. Geld auszuleihen. Gegen gesetzliche Versicherung sind folgende auszuleihen: a. bei dem Kirchenfond Gamschurst 350 fl., b. bei dem Kaplaneifond allda 400 fl. Die Stiftungs-Commission.

Das seit 25 Jahren rühmlichst bekannte A. W. Bullrich'sche Reinigungssalz 307.2.1 verkauft stets in frischer Waare in 1/4 und 1/2 Pfd.-Paqueten die Niederlage von Emerich Schmitt in Waldbürn.

Lehrlings - Gesuch. Auf Ostern kann ein gesitteter junger Mensch in einem bedeutenden Sattler- und Tapeziergeschäft als Lehrling Aufnahme finden. Näheres beim Bureau dieses Blattes. 299.3.2

Lehrlingsgesuch. Ein junger Mensch kann bei mir in die Lehre treten. C. Großmann, Schlosser, 309.2.1 Rippurrerthorstraße 14.

Das natürl. Friedrichshaller Bitterwasser

(welches sich besonders zur Brunnenkur im Hause und zwar auch im Winter ganz vorzüglich eignet) ist ein althe-währtes, mild eröffnendes und kräftig auflösendes Heilmittel. Es bessert den Appetit, die Verdauung und Ernährung, verscheucht hypochondrische Gemüthsstimmung, schafft Lebens- und Arbeitslust. Es heilt Catarrhe der Verdauungs- und Brustorgane und hat namentlich bei langwierigen Unterleibsleiden ausserordentliche Erfolge. So ist seine vorzügliche Wirkung bei Verstopfung, Hämorrhoiden, Stockungen im Unterleibe, Blutwallungen zu Kopf und Brust und Entzündungen der Gebärmutter allgemein anerkannt. Auch bewährt es sich gegen Scrophulose, Dickleibigkeit, Rippenfellentzündung und die Beschwerden der Schwangerschaft, sowie als Unterstützungsmittel gegen Syphilis, bei Molken- und andern Kuren. Dieses Alles leistet dasselbe in kleinen Gaben, ohne dass eine besondere Diät oder eine Unterbrechung der Berufsgeschäfte erforderlich ist. 305

Zu haben nebst gedruckten Gebrauchsanweisungen in allen Mineralwasserhandlungen und Apotheken. Friedrichshall bei Hildburghausen. Die Brunnendirection C. Oppel & Co.

Bei Unterzeichnetem ist soeben erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden: 300

Das Concil und die getreuen Kinder der Kirche.

Von Chaignon, Priester der Gesellschaft Jesu. Einzig für Deutschland gestattete Uebersetzung aus dem Französischen von C. P. Clafen, Religionslehrer von Diekirch. 238 S. in fl. 8. Preis 36 kr. — 10 ngr.

Der früher erschienene Auszug aus diesem Werkchen hat sich schnell verbreitet, was die sofortige Herausgabe des Hauptbuches zur Folge haben mußte, das nun ebenfalls der Gunst des katholischen Volkes empfohlen wird. Ein Anhang enthält das Verzeichniß „leicht zu gewinnender Abtässe“, — einen Unterricht über das „Scapulier von der unbefleckten Empfängniß“, sowie einen Bericht über den „Verein vom heiligen Michael“, während das Buch selbst reiche Belehrung über das Concil und Unterricht über die Mittel des Gebetes bietet, durch deren Anwendung jeder katholische Christ nach seiner Pflicht getreu an den Erfolgen der allgemeinen Kirchenversammlung mitwirken soll. Friedrich Vustet in Regensburg.

Im Verlage der Krauzfelder'schen Buchhandlung in Augsburg ist soeben erschienen und durch die literarische Anstalt in Freiburg zu beziehen: 282.2.2

M. Rense, Domvicar, „Knospen“, religiöse Dichtungen.

1tes Heft. 8. eleg. geb. 56 Seiten. — Preis 18 kr. jüdd. W. od. 6 Igr. (Inhalt dieses Heftes: „Die Kirche Christi.“ Deklamatorium mit Musik und Tableau in 6 Akten sammt Schluß-Szene. — „St. Franziskus.“ Deklamatorium mit Musik.)

Kirchliche Musikschule in Freiburg. 306.3.1

Beginn des Sommersemesters am 25. April. Ausbildung von Organisten und Chor dirigenten im Geiste der kath. Kirche. Vorbereitung für das Lehrerseminar. Lehrgegenstände: Religion, alle Realsächer, lateinische und französische Sprache; allgemeine Musiklehre, Harmonielehre, Contrapunkt und Fuge; Orgelbaukunde; Violine, Klavier und Orgel etc. Aufnahme zur gründlichen Ausbildung für die Stadt — vom Sten bis 1ten Jahre an, für das Land und musikalisch schon Gebildeter — in jedem Alter. Der Vorstand: J. Schweizer, Dompräbendar und Domkapellmeister.

Kreuzwege in Oelgemälden

und dauerhaften Oelfarbendrucke.

Diese Oelgemälde und Oelfarbendrucke sind ausgeführt nach den berühmten Compositionen unserer gezeierten Künstler Führich, Fortner, von akademisch gebildeten Künstlern.

- I. Oelgemälde: 1) Ausgabe in Bildgröße 20" auf 28" fl. 175 Mit besonders dauerhaften und schönen Goldrahmen und Aufsätzen fl. 230 2) Ausgabe in Bildgröße 28" auf 36" fl. 300 Mit besonders dauerhaften und schönen Goldrahmen und Aufsätzen fl. 400 Ausgabe in Oelgemälden für ganz große Kirchen zu fl. 500 fl. 600 Mit und ohne Rahme.

II. Oelfarbendrucke:

- 1) Ausgabe in Bildgröße 15" auf 20" fl. 56 Mit schönen Goldrahmen und Aufsätzen fl. 90 2) Ausgabe in Bildgröße 28" auf 36" fl. 175 Mit schönen Goldrahmen und Aufsätzen fl. 230 Ferner liefere ich auch Kreuzwege nach jeder beliebigen Größe unter Garantie solider Ausführung zu den billigsten Preisen.

Daß meine Kreuzwege in jeder Beziehung die verehrlichen Besteller befriedigen und allen Anforderungen entsprechen, beurkunden die höchsten geistlichen Stellen!

Probestationen stehen zum Vergleiche mit andern offerirten Kreuzwegen gerne zu Diensten. — Ratenzahlungen werden bei Ausnahmefällen zugestanden, und überhaupt auf alle billigen Bedingungen von Seite der Käufer eingegangen. Nachdem ich stets größere Vorräthe von Kreuzwegen auf Lager halte, kann ich allen Wünschen gleich entsprechen und empfehle mich zu geneigten Aufträgen. 249.7.2

F. Gypen's Kunstverlag in München.

Unterhaltung und Belehrung im reichsten Maaße bietet die in Leipzig erscheinende Zeitschrift: „Die Hausfrau.“ 4.

Hofguts-Verpachtung.

Der herrschaftliche Kameralhof „Ludwig-Wilhelmshof“ zu Hallendorf, Gemeinde Mühlhofen, im Flächeninhalt von 140 Morgen 65 Ruthen neubad. Maß, wird am

Donnerstag den 17. März d. J.,

Nachmittags 2 Uhr, im Wirthshause zu Mühlhofen auf 14 Jahre, nämlich vom 1. April 1870 bis 2. Februar 1884, öffentlich verpachtet. Das Hofgut besteht aus

- W. 220 Rth. Hofraithe, 2 " 64 " Garten, 41 " 85 " Wiesen, 96 " 96 " Ackerfeld, 140 W. 65 Rth. zusammen,

sowie den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden, liegt etwa 15 Minuten von der Landstraße von Salem nach Meersburg und Ueberlingen entfernt und bietet bei seiner Lage zwischen den beiden Marktstätten Ueberlingen und Markdorf gute Gelegenheit zum Absatz der Erzeugnisse.

Auf dem Gute befinden sich circa 450 Obstbäume.

Liebhaber werden hiezu mit dem Anfügen eingeladen, daß fremde Steigerer sich mit legalen Vermögens- und Leumundszugnissen auszuweisen haben.

Die bezüglichlichen Pachtbedingungen können auf diesseitiger Kanzlei eingesehen werden.

Salem, den 2. März 1870. Großh. bad. Marktgräf. Rentamt. Leiblein.

Aechten alten Malaga

in bekannter vorzüglicher Qualität in 1/4, 1/2 und 1/3 Flaschen empfiehlt bestens

Conradin Haugel, Großherzoglicher Hoflieferant. 272

Tausende

längst gezogener Loose sind noch immer unterhoben. Gegen 12 württ. oder fremde Kreuzermarken sendet A. Dann in Stuttgart die neueste Verloosungsliste über alle bis 1. Januar 1870 gezogenen Serienlose nebst Verloosungstafeln für 1870 Jedermann franco zu. Derselbe sieht auch Loose etc. in allen früheren Beziehungen à 6 kr. per Stück nach, bei Partien à 3 fr. 1271.6.6.

Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag 11. März. Erstes Quartal. 40. Abonnements-Vorstellung. Faust. Tragödie in 5 Akten von Göthe. Margarethe: Fr. Hahn vom Herzoglichen Hoftheater zu Dessau als Gast. Anfang 6 Uhr.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 9. März.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and exchange rates. Includes sections for Staatspapiere, Wechsel-Cours, and Gold und Silber.